tung ist wahrscheinlich in einem kürzlich herausgegebenen Dekret der Sowjetregierung zu sehen, nach dem alle, die sich der neuen Wirtschaftspolitik entgegenstellen, als Staatsfeinde zu behandeln sind. Um die Gefängnisse für unsere Genossen, die Gemossen der Arbeiteropposition und der Linken Sozialrevolutionäre leer zu bekommen, amnestierte man alle diejenigen, die mit der Waffe in der Hand gegen Sowjetrußland gekämpft haben, d. h. die Weißgardisten und Konterrevolutionäre.

Der weiße Schrecken gegen rebellische Arbeiter in Indien

Schon im Jahre 1911 schrieb Dr. T. M. Mc Nais, ein Mitglied der indischen Kommission für Fabrikarbeit, über das Fabriksystem wie folgt: „Ein System, das den Arbeiter noch mehr erniedrigen könnte, wäre ganz unmöglich."

Die vor kurzem arbeitenden die indischen Fabrikarbeiter noch 12—24 Stunden den Tag! Der Report der indischen Kommission für Fabrikarbeit in 1911 berichte eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 12 Stunden. Dr. Mc Nais gab eine von der Majorität abweichende Meinung ab, laut welcher er angestellte der Sachlage deren Vorschläge als unzulänglich und verschlapperig bezeichnete.

Heute marten die indischen Arbeiter nicht auf Schritte der Regierung, um die unerträgliche industrielle Lage zu heben.

Dreihunderttausend indische Arbeiter streiken vor kurzem in Bombay zwecks Erlangung besserer Bedingungen. Sie siegten, nachdem viele der Streikenden von britischen Soldaten, welche den Arbeitgebern zur Verfügung standen, getötet worden waren. Die Streikenden forderten einen neunstündigen Arbeitstag, eine größere Erhöhung der Löhne, eine volle Stunde, statt einer halben Stunde Mittagszeit, die Beschränkung von Kinderarbeit auf das Mindestalter von 12 Jahren, volle Bezahlung für arbeitsunfähige Arbeiter während der Zeit ihrer Unfähigkeit, frühzeitiges Schließen der Schankwirtschaften, die den Interessen der Arbeiterbevölkerung schädlich sind, und andere wichtige Punkte. Da die so sehr gefürchtete Cholerapidemie sich langsam von der Arbeitergegend nach der Gegend der reichen Klasse ausbreitete, machten die Arbeitgeber plötzlich bedeutende Zugeständnisse. Den Arbeitern wurde ein zehnstündiger Arbeitstag, 40 Prozent Lohnerhöhung, volle Bezahlung für Arbeitsunfähige und viele andere Forderungen bewilligt.

Dieses ist der erste große Sieg der organisierten Arbeiterbewegung Indiens.

Der nächste Streik soll für gemeinschaftlichen Besitz und sozialistische Leitung der Bombay-Fabriken und andere Betriebe geführt werden.

Bevor sich die Arbeiterschaft organisierte, waren die industriellen Bedingungen in Indien höchst beklagenswert. In manchen Landstrichen existieren sie noch. Die Arbeiter mußten um 4½ Uhr des morgens von Hause fortgehen und kehrten nicht vor 8 Uhr abends zurück. Sie arbeiteten 17 bis 22 Stunden den Tag. Die Sterblichkeit der in den Mietskasernen Bombays lebenden Arbeiterbevölkerung war im Jahre 1916 675 pro Tausend.

Die finanzielle Ausbeutung von Schutzgebieten seitens des „Mutterlandes" England findet jetzt nicht mehr ganz so offen statt. In Falle Indiens geschieht sie wie Marx Brooks bemerkt, „durch indirekte Methoden unter gewissen Gesetzesformen".

Ein Drittel des Staatseinkommens Indiens geht an England. Es gelangt dorthin in verschiedenen Formen, wie Unterhalt des Indischen Amtes in London, Alterversorgung für Engländer, welche mitgeholfen haben, Indien auszusaugen, Zinsen auf die indisch-nationale Anleihe, die England als vorgeschobene Regierung Indiens aufgenommen, und auf anderen Wegen. So wird Indien heute ausgesogen.

Der größte Teil der übrigen zwei Drittel des Staatseinkommens wird nicht auf Verbesserungen der Lebensbedingungen, sondern auf die weitere beständige Verslavung des indischen Volkes verwandt.

„Schulbildung, Sanitätsbedingungen, industrielle Entwicklung, wissenschaftliche Forschungen werden vernachlässigt. Der größte Teil des Staatseinkommens wird für militärische Zwecke und Anlegung von Eisenbahnen ausgegeben.

Eisenbahnen sind allmählich gebaut worden bis zu der Zeit, da britische Strategen und Kaufleute überzeugt waren, daß sie ein so vollkommenes System, als sie nur wünschen konnten, besaßen. Obgleich nun die militärische Macht in bezug auf Ausgaben an erster Stelle steht, sind die Eisenbahnen von größerer Bedeutung.

Sie haben einen dreifachen Wert: 1. Bieten sie die Mittel, sogleich militärische Besatzung nach aufrührerischen Landstrichen zu transportieren; 2. schaffen sie britische Waren noch früher unerreichbar gewesenen Orten, so daß sie gegen indische Fabrikate konkurrieren können; 3. sind sie unentbehrlich, um Indien der Rohstoffe und Lebensmittel zu entziehen, welche England für seine Fabriken und Menschen gebraucht.

Im ersten Finanzjahr, 1919—1920, wurden 48 Prozent des eingeschätzten Einkommens auf das Militärsystem, 29 Prozent auf die Eisenbahnen und weniger als 2 Prozent auf die ganze Bevölkerung für Schulen, Sanitätseinrichtungen, wissenschaftliche Forschung und industrielle Entwicklung verwandt.

Die Bedeutung dieser Zahlen gipfelt in der Tatsache, daß 30 Millionen Indier an zu verhüten gewesener Hungersnot und Seuche in mehrer als einem Jahre umgekommen sind, während welcher Zeit die britischen Bureaukraten noch nie vor die Ausgaben für „Zwecke der Regierung" aus Indien herauspolten.

Redakteure und Verleger sind unter dem Pressegesetz ins Gefängnis gewandert und ihre gestellten Kautionen beschlagnahmt worden, weil sie veröffentlicht hatten 1. Uebersetzungen von Artikeln über Indien, geschrieben von William Jennings Bryan, nachdem er im Jahre 1906 eine Tour durch Indien gemacht; 2. Auszüge aus dem Sind-Gesetzbericht, laut welchem es gesetzlich unzulässig ist, Eisenbahnhallen für Europäer zu reservieren; 3. Zitate aus der liberalen Presse Englands, und 4. die Meinungsäußerungen von englischen Liberalen über indische Angelegenheiten.

Man kann sich kaum die Verlegenheit eines indischen Redakteurs denken, der sich dem Beamten-Geheimgesetz anpassen muß, laut welchem es verboten ist, Zeitungskritiken, welche möglicherweise die Regierung oder die bestehende Autorität in Verdacht oder Mißachtung bringen könnten, abzudrucken.

Das Monopol-Gesetz und Indien-Schutzgesetz gehen ganz und gar die persönliche Freiheit der Indier preis. Laut dem Monopol-Gesetz, welches gegen die einstimmige Opposition der indischen Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft angenommen wurde, bestehen die folgenden terroristischen Bestimmungen:

1. Ein Indier kann ohne Hausbesuch verhaftet und auf unbeschränkte Zeit in Haft behalten werden.

2. Die Beweise seiner Unschuld hat der Beschuldigte zu erbringen.

3. Schwurgerichte gibt es nicht, ebensowenig eine Beschwerdeinstanz. „Keine Anordnung laut diesem Gesetz soll von irgendwelchem Gericht in Frage gestellt werden, auch soll keine Klage über Gesetzwidrigkeit erhoben werden gegen irgend jemand, der etwas mit ehrlichem Ansinnen kraft dieses Gesetzes getan oder zu tun beabsichtigt hat."

4. Der Beschuldigte kann für ein Vergehen bestraft werden, dessen er nicht angeklagt ist.

5. Die Anklageschrift „soll nicht verpflichtet, die Bestimmungen des Zeugenvernehmungsgesetzes zu beachten". In anderen Worten, die Aussagen von verstorbenen, abwesenden und nicht existierenden „Zeugen" können gegen irgendeinen in Verdacht Stehenden gebraucht werden.

6. Der Beschuldigte besitzt nicht das Recht, einen Verteidiger zu verlangen oder Zeugen zu stellen.

7. Die Behörden sind ermächtigt, „legliche Mittel" anzuwenden, um das Gesetz durchzuführen und Geständnisse zu erlangen. Dieses bedeutet praktisch die Zulässigkeit von Folterung.

8. Der Angeklagte wird im Geheimen gerichtet. Die Art und Weise der Verhandlungen und die Urteilssprüche dürfen nicht öffentlich bekanntgegeben werden.

9. Den Angeklagten werden die Namen seiner Ankläger vorenthalten und diese ihm nicht gegenübergestellt.

10. Eine Person (selbst ein Familienmitglied), die aus freiem Willen mit einem entlassenen Sträfling verkehrt, kann verhaftet und zu Gefängnisstrafe verurteilt werden.

11. Ein jeglicher Raum oder Haus kann ohne Hausuchungsbefehl durchsucht werden.

In den Jahren von Hungersnot strömen die hungernden Indier in die Städte als letzte Zuflucht. Es mag dort eine Brotrinde geben. Es ist die letzte Möglichkeit, dem Tode zu entgehen. Pierre Loti beschreibt sehr anschaulich, wie drei kleine Opfer der Hungersnot gezwungen sind, von den letzten Wehen des Hungers, ihren sonnigen Pfad verlassen müssen, wo die Kaufleute Säcke voll Getreide anhäufen:

„Das kleinste der drei Kinder scheint fast tot zu sein, denn es bewegt sich nicht und hat nicht mehr die Kraft, die Fliegen zu verscheuchen, welche sich auf seine geschlossenen Augenlider niederlassen. Sein Leib ist so leer, daß er dem Gerippe eines Tieres gleicht, das zum Kochen abgezogen worden ist, und es hat sich solange an dem Boden hingeschleppt, daß zuletzt seine Rippenknochen durch die Haut sich durchgerieben haben. Aber sie müssen weiterwandern, um für die gestillten Gottesdienste Platz zu machen."

Das sind die Lebensbedingungen in dem Weltreiche Georg V.

Genossen!

Die revolutionäre Presse hat schwer unter dem Terror der demokratischen Republik zu kämpfen.

Dazu kommen die wahnsinnigen Preissteigerungen.

Sorgt dafür, daß die Stimme der Revolution nicht erstickt.

Sammelt für den Pressefonds.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.

Quittung.

Für den Reichspressefonds der KAJ. gingen ein von der Gruppe Friedrichshain weitere 100 M., von Genossen in Wilhelmshaven 100 M.

Reichsvorstand der KAJ.

Mitteilungen

13. Bezirk. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7½ Uhr in der Heidenberg-Schule, Guericke-straße 32. Jeder muß erscheinen, da wichtige Tagesordnung.

KJD. Moabit. Dienstag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr Gruppenabend. Jugendliche Partei- und SO.-Genossen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Ausschuß. Artur Müller, Bln.-Rosenthal, ist aus der Partei ausgeschlossen.

Frankfurt a. M.

Jeden Freitag, abends 7½ 8 Uhr Aktionsausschußsitzung im Lokal „Weiße Gans", Alter Markt.

Ohlstedter Wanderlust. Jeden Sonnabend, abends ½7—8 Uhr im Lokal Grunkrum, Ansbunger Str. 66, Geselligkeitsstunde beziehungsweise Zeitungs- und Materialausgabe.

KPD. und KAU. Groß-Hamburg.

Am Dienstag, den 13. Dezember findet pünktlich abends 7½ Uhr bei Planeth, Michaelisstr. 50 eine gemeinsame allgemeine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Rußland und die Kommunistische Arbeiter-Internationale. 2. Kassenbericht. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Mitgliedsausweis legitimiert.

An die Bezieher des „Proletarier".

Wir fordern die Genossen auf, uns die unten verzeichnete Adresse anzugeben. Alle diejenigen Besteller, die die Dezembernummer 0/10 noch nicht abgerechnet haben, bitten wir, umgehend abzurechnen. Die nächste erscheinende Nummer wird nur an diejenigen Bezieher gesandt, die mit ihrer Abrechnung nicht im Rückstande sind.

Bestellungen und Abrechnungen sind zu richten an: Verlag Proletarier, Inh. Emil Sach, Berlin SO 36, Reichenberger Straße 113. Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 117 266.

Soeben erschienen:

Der historische Materialismus

von Hermann Gorter.

Neue vermehrte Auflage unter besonderer Berücksichtigung der deutschen und russischen Revolution.

—— Preis 7,— M. ——

Herausgegeben vom Organisationsbureau der kommunistischen Arbeiter-Internationale. Bestellungen sind zu richten an den Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Gärtnerstr.

Verantwortlicher Redakteur: Helland, Köpenick. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roßner, Berlin, Alexanderinenstraße 110.

Wichtige Literatur.

Programm der Allgem. Arbeiter-Union	1,— Mk.
Adler: Studium zur Geschichte des Sozialismus	15,— „
Bebel: Die Frau und der Sozialismus, geb.	25,— „
Dietzgen, Eugen: Materialismus oder Idealismus?	5,— „
Diederich: Marx Brevier	10,— „
—, Lassalle Brevier	12,50 „
Drahn: Engels Brevier	10,— „
Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, geb.	17,50 „
—, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie	7,50 „
—, Bauernkrieg	8,— „
—, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	3,— „
Gorter: Der historische Materialismus	8,— „
Kautsky: Karl Marx' ökonomische Lehren, geb.	24,— „
—, Die historische Leistung von Karl Marx	2,50 „
—, Der Weg zur Macht	7,50 „
—, Die Klassengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution	8,— „
Lassalle: Offenes Antwortschreiben	3,— „
—, Arbeiterprogramm	2,50 „
Louis: Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich (1789—1919), geb.	15,— „
Marx: Klassenkämpfe in Frankreich	5,— „
—, Lohnarbeit und Kapital	3,— „
—, Bürgerkrieg in Frankreich	2,50 „
—, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, I. Bd. geb.	50,— „
—, Das Elend der Philosophie	16,— „
Marx: 18. Brumaire des Louis Bonaparte	8,— „
—, Theorien über den Mehrwert, 4 Bände geb.	125,— „
Marx-Engels: Kommunistisches Manifest	3,— „
Mehring: Biographie Karl Marx', geb.	25,— „
—, Deutsche Geschichte	15,— „
Mehring, Die Lessing-Legende, geb.	25,— Mk.
Pischenow: Anarchismus und Sozialismus	6,— „
Pottkünder: Marx, Engels u. Lassalle als Philosophen	7,— „
Spartakusbriefe	6,— „
Karl Liebknechts Briefe	18,60 „
Rosa Luxemburgs Briefe	7,50 „
Luxemburg: Akkumulation des Kapitals, geb.	50,— „
Pannekoek: Weltrevolution und kommu. Taktik	3,— „
—, Marxismus und Darwinismus	1,75 „
Lenin: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus	4,— „
—, Die ausmärkige und innere Politik Sowjetrußlands	1,— „
—, Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjetrußlands über Naturalsteuer	1,— „
Varga: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur	3,50 „
Lorin und Kritzmann: Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland (1917—1920)	3,50 „
Gulsen: Die Lehren des Bürgerkrieges	2,50 „
Gouchy: Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland?	5,— „
Machay: Sturm, rev. Gedichte	3,50 „
Kropotkin: Die Eroberung des Brotes	6,50 „
Borchardt: Das Kapital von Karl Marx (Gemeinverständliche Ausgabe)	24,— „
Radek: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches	3,— „
Radek: Die auswärtige Politik Sowjetrußlands, geb.	2,50 „ 5,— „
Hölz' Anklageerhebung gegen die bürgerliche Gesellschaft	2,— „
Brunamarti, Lehren der Mängelhaften	2,— „
Fink: „Die Anarchkommune"	3,— „
Dodd: Steferentenführer, geb.	9,— „
Diederich: Von unten auf, Sammlung rev. Dichtungen, geb.	25,— „
Gildermann: Urkommunismus und Urreligion, brosch. 36,— M., geb.	50,— „
Blos: Die französische Revolution, geb.	35,— Mk.
Heinig: Sinnen und Leben 600 000 Arbeiter	2,50 „
Kampffmeyer: Geschichte der Gesellschaftsklassen, brosch. 17,50 M., geb.	20,— „
Machiavelli: Revolutionen, geb. Darstellung, brosch. 2,— M., geb.	3,50 „
Pannekoek: Der Kampf der Arbeiter	1,— „
Friedländer: Sowjetstaat u. Kommunismus	4,50 „
Morgan: Die Urgesellschaft, geb.	30,— „
Milljutin: Sozialismus und Landwirtschaft	2,— „
Lenin: Zur Frage der Diktatur	2,50 „
Pischenow: Grundprobleme des Marxismus	8,— „
Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft	1,60 „
Kautsky: Vorläufer des Sozialismus, 4 Bände	100,— „
Zimmermann: Deutscher Bauernkrieg	30,— „

Kommunistische Internationale von Nr. 1—17, Preise je nach Stärke des Heftes.

Romane.

Franz Jung: Proletarier, geb.	6,— „
—, Opferung, geb.	9,— „
—, Saul	7,50 „
—, Das Kreuzschiff, geb.	1,40 „
—, Sophie, geb.	7,50 „
—, Der Sprung aus der Welt, geb.	8,— „
—, Die Kneiper, Wie lange noch (2 Schauspiele)	7,50 „
—, Zoe Frank illustriert die Welt	5,— „
—, Tropfen des Glücks	7,50 „
Sinclair: 100 %, illustriert von Grosz	16,80 „

Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Straße 6.

Nr. 253 Preis 60 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 6 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postschckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 49039; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 106009. — Versand unter Streifband: für Deutschland 5,50, nach auswärts 6,—, nach den Ausland 9,— monatlich

Revolutionshyänen

Wann die Geschichte der deutschen Revolution geschrieben sein wird, wenn eine junge Generation herangewachsen sein wird, die das Ringen der Klassen ohne Vorurteil prüfen wird, dann wird vor allen anderen Fragen, vor aller Bemunderung doch die eine Frage sich auf alle Lippen drängen: Wie war es möglich, daß das deutsche Proletariat sich so tief in den Schmutz treten ließ? Wie war es möglich, daß die deutschen, die europäischen Arbeiter sich so lange durch den Kot der Gasse schleifen ließen, ihre proletarische Ehre preisgaben, ihren Henkern noch zujubelten, in einem Tage vergaßen, daß man ihre Besten nach mittelalterlichen Methoden mordete, unter dem Kommando und auf Befehl der Organisationsschuftlinge der Proletarier selbst? Wie war es möglich, daß die Leiden erst so allgemein, daß die Lebensbedingungen erst so furchtbar werden mußten, ehe das Proletariat merkte, daß es verraten war, und daß es doch keinen Ausweg gibt als den rücksichtslosen Kampf, weil die Unterwürfigkeit als letztes Opfer fordert: den Untergang.

Proletarier, vernehmt die Botschaft! Die Sozialdemokratische Partei sammelt für die Opfer des Klassenkrieges. Die Sozialdemokratische Partei reicht den Opfern der Ordnungsbestie die Hand. Im Jahre 1921, zu Weihnachten, dem Fest der „Liebe", erbittet sich die Sozialdemokratische Partei, für ihre „Klassengenossen" und deren Angehörige zu sammeln. Der „Vorwärts" vom 11. Dezember verkündet es.

Um diese Tat richtig würdigen zu können, ist es nötig, die Beweggründe kennen zu lernen. Ist eine Wandlung eingetreten? Besinnt sich die SPD. darauf, daß sie einst die Hoffnung des internationalen Proletariats war? Es muß etwas Großes vorgegangen sein, denn:

Es sind dies dieselben Parteien und Gewerkschaften, die das Proletariat aufriefen, den Weg zum Sozialismus anzutreten unter dem Kommando von Lubendorff und Hindenburg und unter der Parole: „Jeder Schuß ein Ruß"! jeder Stoß ein Franzos!" Es sind dies dieselben, die in Offiziersquartieren hinter der Front sich Wein und Zigarren schmecken ließen, während die Proletarier auf Befehl der Sozialdemokratie sich gegenseitig die Hälse abschneiden hatten im Interesse der „Menschheitsbefreiung". Es sind dies dieselben, die nicht nachließen, diejenigen Proletarier in der Heimat zu denunzieren, die in den Fabriken die Rebellion entfachten, während eine perverse Offizierebrut bestialische Frauen und Mädchen zwangsweise in Bordells pferchte und vergewaltigte; die aus reinem „Menschlichkeitsgefühl" neben dem geregelten, einförmigen, alltäglichen vorschriftsmäßigen Morden die Ausrottung ganzer Menschenstämme (Armenier) deckten; die, während in der „Heimat" Tausende von Müttern in Verzweiflung getrieben wurden, Tausende von Proletarierkindern dem langsamen Hungertode preisgegeben wurden, in ihrer Zeitung, in demselben „Vorwärts", schrieben: Liefert eure Goldsachen, eure Kleider ab — fürs Vaterland; die den verzweifelten Müttern den Rat gaben, ja ihnen sogar verboten, dem Gatten im Felde von der furchtbaren Tragödie, die sich zu Hause abspielte, etwas mitzuteilen, sondern, selbst wenn das Herz zu brechen drohte bei dem Hunger der Kinder, zu lügen, mitzuteilen hätten, daß es eine Lust wäre zu leben in dieser „großen Zeit", dank der Hilfsbereitschaft der kapitalistischen Regierungen, die ihrer Menschlichkeit die Krone aufsetzten mit dem Satz:

„Wenn es anno 1806 hieß, der Vormarsch der preußischen Truppen sei ein Sieg des Schulmeisters gewesen, so wird man diesmal von einem Sieg der deutschen Gewerkschaftsbeamten reden können." („Frankfurter Volksstimme" vom 13. August 1914.)

Während die Kapitalisten Frieden untereinander schlossen, ist der Krieg gegen das Proletariat geblieben. Die Zahl der Erschlagenen ist riesig, noch lange nicht abgeschlossen. Und geblieben sind die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, die trotz alledem ihrer Siege nicht froh werden, die es mit allen Mitteln versuchen, ihre Feinde, die revolutionären Proletarier, nun endlich zu besiegen, und sei es auch mit „gewerkschaftlicher Menschlichkeit". Noch vor kurzem hat man sie als Feinde bezeichnet; jetzt kommt man als „Freund", mit dem Lächeln des Henkers. Noch ist die Erde, die das Grab der letzten „auf der Flucht Erschossenen" deckt, nicht trocken.

Dies Gebahren ist zu durchsichtig, um nicht erkannt zu werden. Die Schwierigkeiten, das Proletariat weiter im Zaum zu halten, werden immer größer. Neben den Zuchthäusern muß auch die „Menschlichkeit" herhalten. Eine Menschlichkeit, die darin besteht, die Opfer der demokratischen Republik zur Verzweiflung zu treiben, ihnen die ganze Furchtbarkeit eines lebendigen Grabes recht deutlich vor Augen zu führen, sie geistig und körperlich in eine Verfassung zu bringen, wo sie sich das Beständnis erpressen lassen, daß sie zu den „Verführten" gehören, freiwillig — erpressen lassen. So gewinnt man Vertrauen. So glaubt man, mit Hilfe Verzweifelter denen, die noch den Krallen seiner Henker entrinnen sind, auf die Spuren zu kommen.

Wir haben keine Veranlassung, zu verschweigen, daß eine feige Führerklique der KPD. nicht zu ihren Taten steht. Das bezeugen diese am besten jeden Tag dadurch, daß sie zum Hohn revolutionärer Arbeiter denselben ins Gesicht schreien, daß diese Republik geschützt werden muß. Doch nicht diese sind nach Ansicht dieser sozialdemokratischen Lumpen die „Führer", sondern Führer sind dann alle jene, die standhalten, die das Banner der Revolution hochhalten. In Görlitz sprach man ja klar aus, wie man über Arbeiter wie Max Hölz denkt.

Wir werden uns nicht zu Richtern aufwerfen über Proletarier, denen man durch eine furchtbare Folter Worte in den Mund legt. Aber wir sprechen es klar aus: Nur diejenigen werden von der „Menschlichkeit" der Bestie Sozialdemokratie beschattet sein, die deren Einflüsterungen ein wildes Ohr leihen, die in dieser ihrer furchtbaren Lage Worte aussprechen, die, nach Behagen gemodelt, zu Urteilen an anderen Klassengenossen werden. Und wir sagen den Proletariern in den Betrieben: Für das revolutionäre Proletariat gibt es nie und nimmer ein Bündnis mit der Konterrevolution, auch nicht auf dem Boden „sozialdemokratischer Menschlichkeit".

Wenn auch anerkannt werden soll, daß diese neueste Gemeinheit schlechterdings nicht mehr zu übertreffen ist, so sind wir dessen sicher, daß eine Zeit kommen wird, wo alle Mittel versagen werden, wo die Todeskrise des Kapitals Formen annimmt, die den Krieg zwischen Kapital und Arbeit hell auflodern lassen, und wo das Proletariat den einzig möglichen Weg zum Kommunismus beschreitet dadurch, daß es die Fabriken, die Produktionsmittel einfach nimmt mit seinen eigenen Händen. Und in diesem unausbleiblichen Kampf wird es seinen Tisch zu machen gewunnen sein.

Dem Feinde die Kugel, den Strick dem Spion.

Zum Hochbahnerstreik

Die Hochbahngesellschaft und der Arbeitgeberverband für das Straßen- und Kleinbahnwesen hatten zum Montag den sogenannten Hauptausschuß als Schlichtungsinstanz zusammenkommen. Die Arbeitnehmerseite lehnte annehmung ab, an dieser Tagung des Hauptausschusses teilzunehmen, aber sich keinen Beschluß zu unterwerfen. Die Arbeitnehmervertreter gingen von der Auffassung aus, daß diese Tagung des Hauptausschusses nolldiesmal unnötig ist; denn der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der von Anfang an mit der Angelegenheit befaßt ist, ist von der Arbeiterschaft angenommen worden und ist damit die Tagung einer anderen Körperschaft nur als Verschleppung des Verfahrens zu betrachten.

Der vom Hauptausschuß gefällte „Spruch" zur Hochbahnangelegenheit besagt: Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ist unglücklich, ist infolgedessen nicht bindend. Die Arbeitnehmer haben sich zwar damit einverstanden erklärt, daß die Gewerkschaften bisher den Weiterstreikenden keine Streikunterstützung zahlen.

Der Streik der Hochbahner droht in einen gut „disziplinierten" Musterstreik auszuarten. Und wir sagen den Hochbahnern heute schon: Ohne Kampf wird niemals ein Unternehmer nur einen Pfennig herausrücken. Die Verelendung der Arbeiterklasse kann im kapitalistischen Staat nicht aufgehalten werden. Und solange in der Arbeiterschaft nicht der Wille lebendig wird, daß diese Kämpfe ein Stück Revolution sein müssen, daß diese Kämpfe Etappen sein müssen, Vorpostengefechte vor der Generalauseinandersetzung mit dem Kapital, solange die Arbeiterschaft zur „Kämpfen" will unter gewerkschaftlicher Kontrolle; so lange wird jeder Streik die Verelendung, die Kampfkraft der Proletarier nur schwächen.

Die Gewerkschaften bieten alles auf, um das Wirtschaftsleben nicht zu erschüttern.

Haben die Verkehrsarbeiter Groß-Berlins immer noch nicht begriffen, was Solidarität heißt?

Proletariat und Steuerfrage

Für das Proletariat ist der „Kampf" um die Steuern keine besondere Aktion, nicht Ziel einer besonderen Parole. Das Studium der sämtlichen Steuerparagraphen oder gelehrte Untersuchungen darüber, ob eine Steuer noch eben direkt oder bereits indirekt zu nennen ist, ob sie abzumälzen ist oder nicht, sind für das Proletariat nur dann von Bedeutung, wenn es etwa aus solchen Untersuchungen Material für seinen Klassenkampf gewinnen wollte; wenn es an Beispielen zeigen wollte, was Steuern sind; was dieser Staat ist; wie der Kampf sich abspielt zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Sie sind aber gänzlich unnütz und kräftezehrend (ebenso unnütz wie etwa die Aufforderung an das Proletariat zum allgemeinen Studium des gesamten Bürgerlichen Gesetzbuches), wenn ihr Zweck ist, für diese Einzelfrage, für diese „Aktion", für diese Albernheiten von Abwälzbarkeit und Nichtabwälzbarkeit proletarische Massen zu engagieren, in hitzige Diskussionen zu ziehen, im Augenblick des ökonomisch, d. h. als System, seinem Untergang entgegengehenden Kapitalismus, im Augenblick, wo er tagaus tagein und in steigendem Maße das Blut und die Knochen tausender Proletarier fressen muß, um nur gerade am Leben zu bleiben. Nur Narren oder politische Schurken oder Renegaten können es dahin bringen wollen, daß in einem solchen Augenblick Millionen Proletarier verrecken, mit den Parolen des Steuerkampfes" auf den Lippen, daß die Abwälzbarkeit und Nichtabwälzbarkeit von Steuern untersuchen, während sie schon am Krepieren sind. —

Freilich, eine so wahnwitzige Sache dies ist für kämpfende Proletarier, eine so wichtige ist es für Parlamentarier, die als „Führer" des Proletariats und an Stelle des Proletariats (sogeißt aus den Klassenbedingungen) ihre Sorte Klassenkampf führen, d. h. den Kampf für ihre Interessen. Für solches Gelichter mag es wichtig sein, frech und schamlos ihre eigenen politischen Jonglierskünste zu bemunbern und etwa den „Mut" aufzubringen zu behaupten, die Ausbeuter ließen sich durch die Ausbeuter, durch ihren eigenen Staat enteignen, der Kapitalismus würde (auf dem Steuerwege) durch den Kapitalismus enteignet.

Die Proletarier — wollen sie siegen — müssen sich mit Ekel abwenden von diesem betrügerischen Pack und es nicht minder hart zu Boden schlagen als seine ärgsten offen kapitalistischen Feinde.

Für das Proletariat ist diese Frage eindeutig: Steuern sind Mittel, die der Staat aus seinen Gliedern herausholt, um sich als Staatsapparat zu erhalten. Da dieser Staat, ein bürgerlicher Staat ist, ein kapitalistischer, ein Klassenstaat, so existiert er und wird diese Mittel ebenso wie alle anderen etwa aus eigenen staatskapitalistischen Unternehmungen gewonnenen anwenden, um das System des Kapitalismus zu stützen und zu fördern. Und da das kapitalistische System nur existieren kann als System von Ausbeutern gegenüber einer rapide wachsenden Zahl Ausgebeuteter, so wird dieser Staat als Vertreter der Ausbeuter nicht in erster Linie die Ausbeuter, d. h. sich selbst schröpfen, sondern die Ausgebeuteten.

Auf diesem Wege gibt es Etappen. So konnte etwa zu gewissen Zeiten der Staat den Eindruck hervorrufen, er stehe als objektiver Richter, als ausgleichender Faktor über allen Klassengegensätzen und habe den Vermittler zu spielen. Diese Schemrolle entfällt aber und macht Platz der offenen Henkerdiktatur (und zwar in immer höherem Grade und schnellerem Tempo), je mehr Schwierigkeiten der kapitalistischen Entwicklung entgegentreten; kommen sie nun heraus aus der verschärften Notwehr der ausgebeuteten Klasse oder aus dem Konkurrenzkampf der einzelstaatlichen Kapitalien oder sonstwoher. Auf jeden Fall wird das wahre Gesicht der herrschenden Klasse immer deutlicher sichtbar in seinem Staatsapparat. Der Staat wird immer offener und rücksichtsloser zum reinen Klassenstaat. Je darüber hinaus wird er, sowieit es noch das geringste selbständige Leben zu äußern trachtet, selbst zu Boden gemorsen und skrupellos beim kapitalistischen Wirtschaftsprozeß angeklebert als einzige noch brauchbare Ausbeutungsmaschine. So sind denn auch die Bestrebungen eines Stinnes zur Entstaatlichung der Eisenbahnen usw. die einzig konsequenten Versuche, dem Kapitalismus als solchem das Leben zu erhalten. Und so verschwindet also bereits von kapitalistischer Seite aus die Steuerfrage als Frage und läßt sich auf in den einzigen Kampf der kapitalistischen Maschine zur direkten Niedermäßigung ihrer Opfer. Und soweit der Staat als solcher noch arbeitet und Steuern fordert, fordert er sie in erster Linie, um für die Kapitalisten den Danaus zu erbringen, daß er noch geeignet ist, mit solchen den Ausgebeuteten besonders abgepreßten Mitteln sie selber in Aktion zu halten, auf die Rebellen mit Maschinengewehren

zu sichern. In der heutigen Situation, d. h. in der Situation, nach dem Weltkrieg kommt noch selbstverständlich hinzu, daß diese Frage jeden nationalen, begrenzten Charakter verloren hat, und die Auspowerung des Proletariats in Deutschland einschließlich der Ausplünderung durch Steuern eine Frage des internationalen Kapitalismus geworden ist.

Von hier aus wird die verbrecherische Politik der sozialdemokratischen Parteien und darunter insbesondere die der KPD. erst im ganzen Umfang sichtbar. Bekennt sich die SPD. offen zum Reformismus, d. h. zum Kapitalismus, zur Schutzwalterin des Kleinbürgertums und auch schon immer mehr der Großbourgeoisie, so heuchelt die niederträchtige und verlogene Sprache der KPD. noch immer Revolution, während sie in Wirklichkeit durch ihre journalistischen Kniffchen wie durch ihre parlamentarische Teilnahme am „Steuerkampf", durch Unterstützung der Gewerkschaftsforderungen (darunter Reparationserfüllung) den Kapitalismus direkt und indirekt stützt und während sie den internationalen Klassenkampf vor die Hunde jagt mit ihren „Volks"-personen-gunsten einer immer ausgesprochener nationalbornierten Einstellung.

Für das Proletariat ist somit die Steuerfrage einfach und schwierig. Einfach und schwierig, wie der Klassenkampf selbst es ist. Einfach, weil es nicht schwer ist, zu erkennen, daß der Klassenkampf von heute nur der offene Kampf um die Macht sein kann. „Denn seit Jahren geht es abwärts. Jeder Proletarier fühlt das und sieht, daß es so weiter geht. Schwierig, weil dazu der Wille zum Klassenkampf gehört. Heute ist es weniger so, daß das Proletariat nicht sähe, wie der Hase läuft, als daß jeder einzelne nur an sich denkt, als daß er seine klare Erkenntnis wieder preisgibt und mit demokratischem Gewisch sich selbst betäubt, die eigene Feigheit und Unentschlossenheit positiv zu verstecken sucht, solange es ihn noch nicht direkt am Kragen hat. Dabei verfällt er dann höchstens auf kleinbürgerliche Albernheiten, wie etwa die Parole einer allgemeinen Steuerverweigerung, die den proletarischen Klassenkampf degradiert und auflöst in Einzelhandlungen rein individuellen Charakters.

Wollt ihr siegen, Proletarier, müßt ihr kämpfen! Den offenen unverfälschten internationalen proletarischen Klassenkampf mit dem nächsten Ziel: Eroberung der Macht.

Die Organisation der AAU.

III.

Nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Aus der großen geschichtlichen Aufgabe der Allgemeinen Arbeiter-Union — der Verwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die kommunistische Bedarfswirtschaft — und dem sich daraus ergebenden Zwang zur Uebernahme der Produktionsmittel und sofortigen Zerschlagung des Privateigentums an Augenblicke der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat entspringt die Notwendigkeit der Organisationsform der Allgemeinen Arbeiter-Union nach Trusts und Konzernen, also in der gleichen Form und Ausdehnung wie das Wirtschaftssystem der Bourgeoisie, bis zu diesem Augenblick. Aber es ist eine reine Selbstverständlichkeit, daß eine solche Organisationsform der Allgemeinen Arbeiter-Union nach den Firmenschildern, den Bezirken und der Reichweite des Privateigentumsrechtes der einzelnen Kapitalisten oder in, z. B. die Organisationsform der kapitalistischen Wirtschaft selbst neben den Erfordernissen der Uebergangsperiode zum Kommunismus nach diesem selbst entspricht. Wenn sich auch die Allgemeine Arbeiter-Union bewußt sein muß, daß die Umstellung der kapitalistischen in die kommunistische Wirtschaft nicht mit einem Zauberstich über Nacht zu bewerkstelligen ist, so muß sie jedoch andererseits alle erdenkliche Energie und Tatkraft aufbringen, um diese Umwandlung mit möglichster Beschleunigung zu vollziehen. Dazu gehört in erster Linie der allmähliche Umbau ihrer eigenen Organisationsform entsprechend dem Grundprinzip der sozialistisch-kommunistischen Produktion.

Dieses Grundprinzip besteht im Gegensatz zur kapitalistischen Produktion, in welcher die Menge und Art der Produktion lediglich nach den besten Profitaussichten des einzelnen Kapitalisten bestimmt und geregelt wird, in dem sog. Bedarfsprinzip, nach welchem nur basierend und nur soviel produziert werden soll, wie es das Proletariat als Klasse braucht. In der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft spielt also das Privatinteresse einzelner Personen oder Personengruppen keinerlei Rolle mehr, sondern ausschließlich das Gesamtinteresse der arbeitenden Klasse. Zugleich kommandieren nicht mehr einzelne Personen im Produktionsprozeß über ihren jeweiligen Anteil an den Produktionsmitteln, der ihr Privateigentum ist, sondern das Proletariat als ganze, einheitliche und geschlossene Klasse übernimmt alle Produktionsmittel, die sein gemeinsames Klasseneigentum sind.

Diese beiden Tatsachen zwingen zu der Konsequenz, die Leitung der Produktion nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat nicht mehr wie bisher von einer ganzen Reihe von Zentralisellen aus zu handhaben, sondern von einer einzigen Zentralstelle aus, also die bisherige „Anarchie" des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch die Planmäßigkeit des sozialistisch-kommunistischen Wirtschaftssystems zu ersetzen. Je kraffer die Zentralisation, desto besser, denn desto zweckmäßiger und leichter läßt sich die Art und Menge der Produktion nach dem proletarischen Bedarfsprinzip feststellen und regeln. Tendenzen in der Richtung einer Dezentralisation der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft widersprechen dem Grundprinzip dieser Wirtschaft ebenso wie dem Ratsgedanken überhaupt und sind nichts anderes als ein erbärmlicher und hemmender Rückfall in die feudalistische Zünftlerei.

Steht somit das Prinzip der kraffen Zentralisation der gesamten Produktion nach Eroberung der politischen Macht im Vordergrund der Wirksamkeit der Allgemeinen Arbeiter-Union, so muß mit seiner Verwirklichung auch die bisherige Organisation der Wirtschaft und der Aufbau der Allgemeinen Arbeiter-Union nach den kapitalistischen Trusts und Konzernen abgebaut und an ihrer Stelle eine Neuorganisation im Sinne des Bedarfsprinzips und der Zentralisation aufgebaut werden. Diese Neuorganisation kann nur eine einzige Form haben: sie darf in keinerlei Widerspruch mit der Entwicklung und Organisation der Produktionsmittel, d. h. der Maschinen, bis nach Erfüllung lediglich unter Beachtung des Bedarfs, eine Spiegelbild des neuen und eisernen Produktionsprozesses, des technischen Produktionsprozesses sein.

Entsprechend diesem technischen Produktionsprozeß kann sich daher die Organisation der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft nur gliedern nach den verschiedenen Abteilungen des technischen Produktionsprozesses, d. h. nach Industriezweigen, wie z. B. Bergbau, Textilindustrie, Landwirtschaft, Schiffahrt usw. Die Betriebe bleiben zwar als Keimzellen der Produktion nach wie vor die Grundlage ihrer Organisation, aber die Betriebe werden nicht mehr nach den kapitalistischen Trusts und Konzernen, sondern nach technischen Industriezweigen und alle Industriezweige zu dem großen einheitlichen, zentralgeleiteten, von dem Willen und Bewußtsein der Arbeiterklasse getragenen und von dem proletarischen Rätestaat mit allen Waffen geschützten Produktionsapparat zusammengefaßt.

Die Allgemeine Arbeiter-Union als vorläufige Klassenorganisation des Proletariats — vorläufig so lange, wie das Proletariat als ganze geschlossene Klasse sich seine entsprechende Klassenorganisation der wirtschaftlichen Räte nicht geschaffen hat — muß gerade nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat seine Organisationsform allmählich, aber mit unbeugsamer Entschlossenheit und Energie den Erfordernissen der sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft anpassen, weil sie das Organ und der Hebel ihrer Verwirklichung ist. Je schneller und intensiver der Allgemeinen Arbeiter-Union der Umbau ihrer eigenen Organisationsform und damit derjenigen des Wirtschaftssystems überhaupt nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat gelingen wird, desto näher wird die Arbeiterklasse dem Endziel ihres schweren und opferreichen Befreiungskampfes, der Kommunistischen Klassenlosen Menschheitsgemeinschaft, kommen. Aber alles hängt daran ab, daß die Theorie zur Gewalt werde!

Politische Rundschau

Das große Geheimnis

Es sind momentan „große Dinge" in Vorbereitung. Man darf deshalb — sagt Wirth — überhaupt noch nichts sagen. Man sagt, Stinnes wäre schon wieder in London. Rathenau ist eben mit einem ganzen Korb voll schöner Sachen zurückgekehrt. „Schlettungen". Die ganze Welt — sagt Wirth — diskutiert über das deutsche Wirtschaftsleben. Das ganze Problem ist von „neuem aufgerollt".

Daß die Kapitalisten aller Länder in handfesten Schwierigkeiten stecken, leugnet kein Mensch. Die Arbeiterschaft spürt das ja am eigenen Leibe vielleicht noch nicht genug, denn sonst würde sie sich nicht einfangen lassen mit dem Geschwätz von Moratorium usw. Denn diese Frage, ob Deutschland, das heißt natürlich das deutsche Großkapital, einen Kredit bekommt, oder ob man ihm bloß seine Zahlungen stundet, ist für das internationale Kapital eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Das englische Kapital braucht Stinnes und nicht Wirth, es macht seine Rechnung deshalb ohne den Wirth, weil eben der deutsche Wirt, der die Wirtschaft hat, Stinnes und seine Kumpane sind.

Für das Riesengeschäft, das man vorhat, braucht man natürlich die Arbeiterschaft. Und zur Bearbeitung der Arbeiterschaft braucht man natürlich einen gut funktionierenden Apparat. Wenn einmal Stinnes eventuell den Bogen einen Rib bekommen, das zeigt am deutlichsten das

Preisniveau im November

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist von 2460 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 2461 oder um 80,9 Prozent im Durchschnitt des Monats November gestiegen und hat das Katastrophenniveau von Februar 1920 in allen Warengruppen weit überschritten. Im letzten Jahr und vergleichsweise 1913 und 1920 war die Entwicklung des Preisniveaus folgende:

1913	100	Mai	1306
März 1920	1709	Juni	1395
November 1920	1509	Juli	1428
Januar 1921	1439	August	1917
Februar	1376	September	2057
März	1336	Oktober	2460
April	1326	November	2461

Gegenüber dem Vorjahrmonat stiegen Getreide und Kartoffeln von 2380 auf 3197, Fleisch, Fisch, Fette von 2625 auf 3154, Kolonialwaren von 3099 auf 4923, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 2417 auf 3308, ferner Häute und Leder von 4539 auf 6077, Textilien von 4176 auf 6518, Metalle von 2865 auf 5128, Steine und Erden von 1885 auf 3390, Industriestoffe zusammen von 2539 auf 3618, die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fisch, Fette, Kohle, Eisen) von 2236 auf 2967, die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten Waren von 3585 auf 5662. Der Dollar stieg im Durchschnitt des Monats November gegenüber Oktober in Berlin um 75,1 Prozent; ihm kommen die Einfuhrwaren mit einer Preissteigerung um 57,9 Prozent nahe, während sich das Preisniveau der Inlandswaren gleichzeitig um 32,8 Prozent hob.

Der erste Betrug ist natürlich, den Arbeitern vorzureden, daß die Preise im Inland sinken werden, wenn sich die Mark stabilisiert. Während sich die Preise für die Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände erst richtig ausstrecken. Bis sie sich ausgestreckt haben, fällt die Mark dann natürlich wieder. Also dies Mittel allein genügt nicht.

Wir haben in unserer letzten Nummer ein Rundschreiben der Gewerkschaften veröffentlicht, das man zirkulieren ließ, nachdem man die famose Schlichtungsordnung zum Schein abgelehnt hatte. Bis man nun die Dinge, die man noch nicht sagen darf", sagt, muß man natürlich fertig sein. Deshalb hat man die Schlichtungsordnung rasch verabschiedet, die da besagt, daß bei jedem Streik die vertragschließenden Parteien bezahlen müssen, sobald der Streik nicht so geführt wird, wie es das Kapital für notwendig hält. Das Großkapital scheint sehr zufrieden zu sein, denn in der „DAZ." meint

Stinnes zur Schlichtungsordnung

Das ist kein übermäßiger Erfolg. Immerhin dürfte er größer sein, als es noch dem Abstimmungsergebnis scheint. Es ist kein Geheimnis geblieben, daß innerhalb der freigewerkschaftlichen Richtung eine starke Strömung vorhanden ist, die dem angenommenen Kompromiß günstig ist. Sie dürfte an innerer Kraft der Gegenströmung nicht viel nachstehen, wenn sie sich vor auch bisdahin offiziell sagen mußte. Und das die Industriellen entscheiden, ist kaum ein Kunstgriff, der verborgen blieben, daß auch manchem an der Abstimmung nicht besonders viel gelegen war. Begreiflich; denn wer Arbeitgeber, der eine Schlichtungsordnung unter Bedingungen, die das von Reichsarbeitsminister vorgeschlagene Kompromiß gegenüber den heute bestehenden Rechtsverhältnissen für die Regulierung der gewerblichen Kämpfe bedeutet, wäre nicht, als daß er entschiedene Optimisten und vor allem Jahresfrist erwarten könnte.

Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß ob mit oder ohne Kredit für das deutsche Proletariat die Losung sein muß: immer mehr und immer billiger arbeiten. Denn Geschäft ist eben Geschäft. Und momentan steht, wie wir schon betonten (siehe Artikel „Die gold-gelbene Internationale" Nr. 251 und 253) ein sehr großes Geschäft bevor, das ist Rußland. Die russische kapitalistische „Gosjet"-regierung ist je, wie in dem an anderer Stelle abgedruckten Artikel hervorgeht, besonders stolz darauf, daß sich „solide Bank- und Industriekreise" für die Ausbeutung Rußlands interessieren, und um ihre konterrevolutionäre Politik zu verdecken, seien sie ihre Arbeiterkruppe, genannt „Sektionen der 3. Internationale", die das Proletariat dann auffordern, Betriebsrätekongresse zu fordern.

Der Betriebsrätekongreß der Metallarbeiter

war ein sehr guter Anschauungsunterricht. Auf diesem „Betriebsrätekongreß (lies: Radekongreß) wurde der sogenannten Betriebsrätekonferenz besonders eingeschärft, daß sie sich nicht etwa mit Lohnforderungen befassen, das ist Aufgabe der Gewerkschaften. Die Betriebsräte hätten blos für das russische Geschäft Propaganda zu machen und die kapitalistische Wirtschaft zu „kontrollieren". Wenn es dann gar nicht mehr geht, wird man einen „Reichsbetriebsrätekongreß" fordern, zu dem Zweck, die Arbeiterschaft wie hier im kleinen, so dann im großen übers Ohr zu hauen und einzufesseln.

Nachdem man nun als Resultat dieser Geheimniskrämerei herausgefunden hat, daß der Hungerriemen für die Arbeiterschaft noch enger geschnallt werden muß, bricht man natürlich wieder mit der „Katastrophe". Auf diese Art hat man die Arbeiterschaft bis jetzt immer bange gemacht, wie die kleinen Kinder vor dem schwarzen Mann. Mit der

„Kohlenkatastrophe"

beginnt der Tanz gewöhnlich. Vielleicht erinnern sich die Proletarier noch der Zeiten, wo man ihre Kohlennot blonk, während man in den Bergwerken Feierschichten einführte. Umsätig zu sagen, daß diese Attacke eben deshalb Durchbrechung des Achtstundentages, Mehrarbeit. Daß mit dieser verschärften Kuponsperrung auch die Gewerkschaften einverstanden sind, verteufelt sich von selbst. Die „Freiheit" veröffentlicht bereits die Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften ihre Zustimmung geben zu dem

Ueberschichtenabkommen:

1. Reichsmantelertrag für den Steinkohlenbergbau.
2. Zahlung des Sozialohnes und der Urlaubsvergütung nur an Mitglieder der Vertragsverbände.
3. Feststellung der Organisationsangehörigkeit durch die Vertrauensleute der Arbeiterschaft.
4. Die von den Gewerkschaften anerkannten Streikposten dürfen nicht als Unterstützung des Arbeitsverhältnisses und nicht als militärische Feierschichten gelten.
5. Erweiterung der Richtlinien für die Betriebsräte durch Einsichtnahme in die Steiger- und Förderjournale und daß auch mitzuteilenden Forderungen.
6. Baldige partikulare Ausgestaltung des Arbeitsnachweises für den Steinkohlenbergbau.
7. Sicherung der Arbeitsergebnisse für das Reich.
8. Ein abzuschließendes Ueberschichtenabkommen darf die normale Lohnentwicklung nicht hemmen.
9. Ausreichende Lebensmittelversorgung, eventuell Bereitstellung von Kohlen oder Devisen zur Beschaffung von Lebensmitteln.
10. Alsbaldige Verwirklichung der bereits zugesagten gesetzlichen Regelung der Schichtzeit und Erhöhung des Grundlohnes in der Krankenversicherung auf 80 M. Fortzahlung des Sozialohnes in Krankheitstagen an die Mitglieder der Vertragsparteien.
11. Abschluß von Tarifverträgen für die Angestellten nur durch die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Verbände.

Fassen wir zusammen: Die Vorbereitungen für die Knebelung und weitere Auspowerung der Arbeiterschaft haben dank den Gewerkschaften gute Fortschritte gemacht. Die Arbeiterschaft soll mit ihren Leibern den Riß füllen, den die Weltkrise blodgelegt hat. Und derjenige Proletarier, der sich nicht selbst zum eigenen Totengräber degradieren läßt, der hat nach den famosen Bedingungen der Gewerkschaften auch kein Anrecht auf „Tarifrühne". Er wird für ungeschreckt erklärt.

Für die Arbeiterklasse ist der Weg klar vorgezeichnet. Geht sie diesen Weg weiter — und es scheint, als ob es den Arbeitern noch zu gut ginge —, so wird in kurzer Zeit das Kapital mit seinen Gewerkschaften von neuem die Ketten enger schließen. Einmal wird und muß jedoch der Zeitpunkt kommen, wo selbst die deutschen Proletarier erkennen, auf welchem Weg sie sind, und daß es nur einen Ausweg gibt, das ist, selbst dem Kapital die Katastrophe zu bereiten.

Mittwoch, den 21. Dezember, abends 1/2 8 Uhr

findet in der „Helmholtz-Quelle", Charlottenburg, Helmholtzstraße, an der Gaßenbahnbrücke, eine

öffentliche Jugendversammlung

statt.

Thema:

Die Verelendung der arbeitenden Jugend.

Freie Aussprache.

Jugendgenossen, Partei- und BO.-Genossen, erscheint in Massen! Macht in allen Betrieben rege Propaganda für die Versammlung.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlins.
Ortsgruppen Charlottenburg und Moabit.

Ob das helfen wird?

Die „Bergarbeiter-Zeitung", das Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, bringt in ihren letzten Nummern eine auffällige Anzeige:

„Zur Sicherung der Verbandsbücher empfehlen wir Blechgarderobenbuttonels zu 60 Pf."

Es scheint, daß die Verbandsbücher, die von den aufmerksamen Kumpels jetzt beleihgutsweise zu Makulatur gemacht werden, dieser „Sicherung" sehr bedürftig sind. Wenn das Buch selbst nicht mehr heilig gehalten wird, denken wohl die obersklauen Bonzen, so wird es vielleicht dem Futteral besser ergehen. Was es doch alles für „Klassenkampfmittel" gibt. Not macht erfindersch; dieser Satz bewahrheitet sich hier wieder einmal. Es lebe die Sittenos-„Sozialisierung" mittels Verbandsfutteral.

Den Einheitsapostein ins Stammbuch

Unter dieser Rubrik werden wir von jetzt an regelmäßig Auszüge aus Reden und Schriften früherer Zeiten bringen, die auf die augenblicklichen Zustände Bezug haben.

Die Einheitsfront des Proletariats.

Einigkeit! Wer könnte sie nicht ersehnen und erstreben als wir. Einigkeit, die das Proletariat Hart macht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission.

Aber nicht jene „Einigkeit" macht hart. Einigkeit zwischen Feuer und Wasser verhindert das Feuer und verhindert das Wasser; Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolfe zum Frß; Einigkeit zwischen Proletariat und verschiedenen Klassen opfert das Proletariat; Einigkeit mit Verrätern bedeutet Niederlage.

Nur gleichgerichtete Kräfte dürfen sich durch Vereinigung; einander widerstrebende Kräfte zusammenleiten, heißt sie lähmen.

Gleichgerichtete Kräfte binden: ist ihr unser Bestreben: zersplitterte gerichtete Kräfte verzehren, um die zahlreichen Splitterkräfte der Revolution zu bannen und abzuleiten, das ist das Bestreben der jetzigen Einheitspolitik, wie es das Bestreben der Sozialdemokratie vor dem Krieg war.

Politik ist Tat. Zusammenreiten zur Tat setzt Einigkeit über Weg und Ziel voraus. Wer mit und in Ziel und Weg übereinstimmt, ist mit willkommener Kampfgenosse.

Einigkeit im Geiste, in der Gesinnung, im Willen und Handeln, das nur ist wahre Einigkeit. Einigkeit in der Phrase ist Zerfetzung, Zerfetzung einer Partei.

Die Einheitsfrontpolitik, die wollte eine „Revolution", die nach Lenin beginnen, ihnen heute liquidieren; sie wollen die Bewegung in ruhige Bahnen lenken, um die kapitalistische Gesellschaft zu retten; sie wollen dem Proletariat durch Wiedererfindung des Klassenstaates die Macht wieder aus den Händen winden, während sie es durch die Einheitsfrontpolitik sozialisieren. Die lassen über uns herrschen, weil wir dieses Verfahren verschmähen, weil wir es ehrlich und ernst nehmen mit der Befreiung der Arbeiterklasse, mit der sozialistischen Weltrevolution.

Können wir mit diesen einig sein, die nichts anderes sind als sozialistisch verkleidete Vorläufer der kapitalistischen Ausbeuter?

Können, dürfen wir uns mit ihnen verbinden, ohne uns mitschuldig zu machen an ihren Ausschlägen?

Einigkeit mit ihnen wäre Verderben für das Proletariat, wäre Verzögerung des Sozialismus, der Internationale. Ihnen gebührt kein brüderlicher Handschlag. Ihnen gebührt nicht Einigkeit, sondern Kampf.

Die arbeitenden Massen sind die Vollstrecker des sozialen Revolution. Klarer Klassenbewußtsein, klare Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe, klarer Wille zu ihrer Erfüllung, gleichfalls Tatkraft, das sind die Eigenschaften, ohne die die Tat Werk nicht vollbringen können. Zerstrennung bei Sozialistisch-Kommunisten verhält, Abhärtung aller Halbheit und Zaghaftigkeit, Entfernung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist heute das erste Gebot — heute mehr denn je. Nur aus schonungsloser Kritik heraus Klarheit erwachsen, nur aus Klarheit Einigkeit, nur aus Einigkeit in Gesinnung, Ziel und Willen die Kraft zur Schaffung der neuen Welt des Sozialismus.

(Artikel der „Roten Fahne" vom 19. November 1919 aus der Feder Karl Liebknechts.)

Ausland

KPD.-Genossen in russischen Gefängnissen

Wir wiesen schon in letzter Nummer der „RKZ." auf die Nachrichten über die Verhaftung von KPD.-Genossen in Sowjetrußland hin. Noch unzulänglich eingetroffenen ausführlichen Berichten handelt es sich um Vorgänge, die in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit nur verständlich sind, wenn man sie im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik der Sowjetregierung und der Zentralkomitees der KPD. begreift. Schon im Sommer, als die Unzufriedenheit des russischen Proletariats mit der Politik der herrschenden Kreise immer mehr in Konflikt geriet, wurde seitens der leitenden Bolschewikikreise alle vielseitigen zur Verfügung stehenden Mittel in Bewegung gesetzt, um den revolutionären Kern der russischen Arbeiterschaft, der mit aller Macht danach drängte, sich zu organisieren, niederzuhalten. Verfolgung in gute Stellen — das war das Mittel, um die mehr Drängenden an die revolutionäre und oppositionelle Gesinnung zum Schweigen zu bringen. Gewaltverfolgung nach irgend entlegenen, namentlich von proletarischen Zentren weit entfernten Orten, war die Methode gegen solche ernster zu nehmende Oppositionelle, das hieß Kängeln der Ort, wo man zu den russischen Anarchisten nun noch die revolutionären Kommunisten sperrte. Dazu kam schon damals der systematische Verleumdungsdampf gegen die KPD., aus dem sehr begreiflichen Grunde, daß die Bolschewiki nichts mehr fürchten, als die Bildung einer KPD. in Rußland, deren Notwendigkeit sich immer selbstverständlicher für die revolutionären Arbeiter herausbildete. Ging man gegen die KPD. mit der billigen und bequemen Schablone vor, wie einfach als Konterrevolutionäre zu bezeichnen, so führte die Denunziierung der Revolutionäre im eigenen Lande zu so verächtlichen Gegnern, wie die auf der Schlußtagung des Kongresses der roten Gewerkschaftsinternationale, von Bucharin bis zu reinen Anarchisten und Anarcho-Kommunisten in Bausch und Bogen als Räuberbande bezeichnete. Man sieht, mit denselben Mitteln bemängelnder Nebenämter, wie sie jeder Staatsanwalt in den Prozessen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands noch der Mißaktion vorbrachte.

Inzwischen fehlte mit uns jetzt von uns Moskau eingetroffenen Genossen mitgeteilt wird, immer konzentrierter die Hetze gegen die KPD.-Genossen ein. Ihr ist jetzt unser Genosse Sagan zum Opfer gefallen, der seit mehreren Wochen in Moskau aus der Tschecka festgehalten wird, verhaftet in dem Augenblick, als er mit ordnungsmäßigen Papieren versehen, nach Rußland abreisen wollte. Wie uns die Genossen mitteilen, soll er als höchstwahrscheinlich innerhalb der russischen Gefängnisse unter russischen russischen Arbeiter durch seine Einstellung für die KPD. und für KPD.-Politik von „gefährlicher" Wirkung gewesen zu sein. Als ob nicht — wie überall — so auch im heutigen Rußland die entrevolutionäre Politik, die die führenden russischen Staatsmänner vermittelt, sich mit einigenden Gebäude (alle Gäste mögen eintreten, der Tisch ist gedeckt) an den westeuropäischen Kapitalismus zu wenden, ganz von selbst, das was in Rußland an revolutionären Kräften vorhanden ist, zur Opposition zwingt.

Im vorliegenden Falle wird nun eine besondere Politik angewandt, um den Genossen Sagan unschädlich zu machen. Weil man sich doch noch zu sehr der eigenen Vergangenheit schämt, denunziert man ihn als — politisch-russischen Diplomat. Ich will nicht behaupten, um jemanden zu verleumden zu können, ja können, bei diese Dinge bekanntlich sehr leicht zu behaupten sind und das Gegenteil dokumentarisch natürlich schwer zu beweisen ist! Deshalb wollen wir feststellen, daß uns folgende Einzelheiten bekannt sind: Sagan kam, nachdem er vorher mit Rakowski in Südrußland und in Gouvernementen tätig gewesen war, im Auftrag nach Deutschland. Er war während der ungarischen Räteregierung in heftige Gegensätze zu Bela Kun geraten, dessen Politik den Zusammenschluß mit der ungarischen sozialdemokratischen Partei empfahl und es ihn innerlich Wesen konterrevolutionär. Von hier aus wollte er nach Rußland, um gegen Bela Kun vorzugehen, Genossen, die ihn eingehende des großen Einflusses Bela Kuns und seiner Leute warnten, beruhigte er mit dem Vertrauen, daß er in Rakowski, den Leiter der Gesandtschaft, setzte. Im Sommer trafen ihn unsere Delegationsgenossen in Moskau. Er war mit Rakowski zwar infolge politischer Meinungsverschiedenheiten auseinandergerissen, hatte aber eine wichtige Stelle in der russischen Diplomatie und einen konterrevolutionären Verbindungsapparat inne. Beides wollte er liquidieren, um uns Material beimeisen zu können. Aus seiner unbedingten Zuverlässigkeit zur KPD. machte er kein Hehl, so daß wir sahen ihn nicht ganz ohne Besorgnis abreisten, ehe es ihm möglich gewesen war, seine Arbeiten zu beenden. Sein Erscheinen unter den russischen Arbeitern hat dann abgeschlossen. Jetzt also hat man ihn verhaftet und beschuldigt ihn mit dem infamen Makel militärpolitischen Spionags. Ein Vorwurf, den selbst einigermaßen Mitgliedern der 3. Internationale, die ihn kennen, ins gegenüber als lächerlich von der Hand gewiesen haben!

Was es noch eine infamere Verfolgung als die, daß ein Mitkämpfer, der sein besten Bestrebungen und Möglichkeiten bei — Mitarbeiter in nichtigen Aufsätze der Bemühung — diese Möglichkeiten ausgerechnet dadurch bewirkt und höchst gefährdet, daß er — für die KPD. einsteht? Was es für einen gleichen den Menschen doch so leicht ist, sich durch zur Schau getragenen Sympathie für die Regierungsgetreuen Richtung opportunistischer Kompromißpolitik beliebt zu machen, soll er von vornherein sich dadurch unbeliebt machen und sich gefährden, daß er für eine Partei einsteht, die auch allerdings verdammt wird? Der Vorwurf ist zu deutlich, um nicht durchschaut zu werden! Wenn noch ein Rest von revolutionärem Gewissen bei den führenden der 3. Internationale ist, haben sie Gelegenheit, Sagan wiederzugewinnen und ihm die Möglichkeit zu verschaffen, Rußland zu verlassen. Das gleiche gilt für die anderen KPD.-Genossen, die wie Germanus Krull im russischen Gefängnis sitzen, auf auch für alle Revolutionäre, die in ihrer Gesinnung mit dem Blick einnehmen, das die anerkannten Menschenrechte an erkannt haben!

Der erste Moskauer Börsentag

Riga, 13. Dezember. Am Eröffnungstage der Moskauer Effektenbörse war eine außerordentlich große Besucherzahl zu verzeichnen gewesen. Mit Hilfe der Börsenmakler wurde eine Reihe großer Geschäfte getätigt. Es handelt sich vor allem um Kerenskischeine, Zwistrn, Tabak und Soda.

Die Eigentumsversicherung

(Rosta Wien.) „Izwestija" vom 27. November schreiben: „Unter den letzten Dekreten, die mit dem neuen Kurs in der Wirtschaftspolitik zusammenhängen, verdient die Verordnung über die staatliche Eigentumsversicherung besonderes Interesse. Die Notwendigkeit gerade dieser Form der Eigentumsversicherung wurde von den Interessen des Staates selbst diktiert. Der mögliche Schaden, den nicht nur die staatlichen verpachteten Unternehmungen, sondern auch die neu entstehenden Privatunternehmungen infolge von Elementarereignissen erleiden können und die sich dann auf staatlichen Wirtschaftsleben bemerkbar machen, macht es notwendig, daß das Versicherungswesen auch auf die Privatunternehmungen ausgedehnt wird."

Das Dekret ist in manchen Punkten nicht ganz klar, so zum Beispiel ist aus ihm nicht ersichtlich, ob die Versicherung des gewöhnlichen Eigentums der einzelnen Bürger der Republik zulässig ist. Unserer Meinung nach ist diese Frage in positivem Sinne zu entscheiden. Es ist anzunehmen, daß die Erläuterungen zum Dekret über die Versicherungen die Frage über das Recht der Versicherung im allgemeinen und der Versicherung des gewöhnlichen häuslichen Eigentums im besonderen klären werden. Eine solche Versicherung häuslichen Eigentums wird auch ein dauerhaftes Fundament für die Wohlfahrt jedes einzelnen sein, der als jetzt im Falle eines Elementarunglückes keinen Ersatz für sein verlorenes Eigentum zu erwarten hatte. Die soziale Fürsorge kann infolge der schweren wirtschaftlichen Lage noch lange nicht zum Beispiel Personen, deren Hab und Gut durch eine Feuersbrunst zerstört wurde, entschädigen. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß man den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit bietet, sich zu versichern. Es ist anzunehmen, daß die Belastung auch in diesem Falle sich daran halten wird, die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Institutionen in eine von der übrigen Bevölkerung gesonderte Gruppe einzuteilen und ihnen vorteilhaftere Versicherungsbedingungen zu gewähren."

Die russische Außenpolitik

(Rosta Wien.) „Rowoj Put" vom 26. November berichtet: Der Vertreter des Volkskommissars für Außenhandel, Desjatow, der sich auf der Rückreise vom Westen nach Rußland in Riga aufhielt, machte einem Mitarbeiter des „Rowoj Put" Mitteilungen über den Gang der Arbeiten der Auslandsvertretungen des Kommissariates für Außenhandel und über die nächsten Perspektiven des russischen Außenhandels: „Die Perspektiven unseres nationalisierten Außenhandels können als günstig betrachtet werden. Die größten und bedeutendsten Handels- und Finanzkreise sind jetzt mit uns in Verbindung getreten. Besonders in Deutschland haben wir schon ein Uebereinkommen mit einer sehr starken Bankgruppe getroffen, die uns einen Kredit von 500 Millionen Mark eröffnet hat. Eine zweite Gruppe soll in den nächsten Tagen ein Uebereinkommen unterzeichnen, das uns einen Kredit von 300 Millionen Mark gewährt. Eine dritte, und zwar die größte Bankgruppe eröffnet uns einen Kredit von 500 Millionen Mark. Die Banken haben dabei die Zustimmung der Reichsbank erhalten, unsere Wechsel zu diskontieren. Wir haben auch mündliche Uebereinkommen getroffen über den Verkauf unserer Rohstoffe, wobei die Käufer alle zu zahlenden Summen in stabiler Valuta auf unser Kontokorrent einzahlen werden.

Deutschland hat ein Interesse an allseitigen wirtschaftlichen Beziehungen mit uns, für alle Zweige unserer Industrie. Interesse. Es interessiert sich sowohl für unseren Export als auch für unseren Importhandel. Dieses Interesse an der wirtschaftlichen Verbindung mit Rußland erfaßt immer größere und größere Kreise deutscher Industrieller und Finanziers. Leider verfügen wir in Deutschland noch nicht über alle jene Möglichkeiten zur Verwirklichung aller erwähnenden Aufgaben auf dem Gebiete der gegenseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland. Wir haben noch nicht die Möglichkeit, unseren Handelsapparat in Deutschland in genügendem Maße zu entfalten. Unsere Bureaus sind außergewöhnlich eng und nicht zweckentsprechend, und dieser Umstand veranlaßt uns, selbst die Frage einer natürlich nur temporären Einschränkung einiger unserer Operationen in Erwägung zu ziehen.

Das Sinken der deutschen Mark hat zu dem unerwünschten Resultate geführt, daß viele Firmen dazu übergingen, ihre Berechnungen in einer stabilen Valuta, z. B. englischen Pfund oder Dollar, vorzunehmen. Es versteht sich ganz von selbst, daß der Umstand, daß die deutsche Industrie uns gegenüber zu einer anderen Valuta übergeht, ein bedeutendes Hindernis bei der weiteren Festigung unserer Beziehungen mit Deutschland werden kann, da jene persönlichen Vorteile für die Entwicklung unserer Beziehungen entfallen, die aus der Möglichkeit hervorgingen, daß wir die Berechnungen mit Deutschland in Mark machen konnten. Außerdem wird uns dieser Umstand dazu veranlassen, unsere Rohstoffe in Deutschland ebenfalls gegen Zahlung in stabiler Valuta zu verkaufen.

Was unsere Beziehungen zu England betrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß sie viel lebhafter und bedeutender sein könnten als jetzt. England hört aber immer noch auf die Stimme Frankreichs und kann daher den Weg direkter und unmittelbarer geschäftlicher Beziehungen zu uns nicht finden.

Das Interesse des ausländischen Kapitals an unseren Konzessionen hat sich in der letzten Zeit nicht abgeschwächt, sondern eher zugenommen, wobei zu bemerken ist, daß dieses Interesse immer mehr und mehr realen Geschäftscharakter annimmt. Ich habe den Eindruck, daß die Entlastung und die Bedeutung des Briefes Urquharts von den Geschäftskreisen der verschiedenen Länder schnell im richtigen Sinne erfaßt wurde, der darin besteht, daß Urquhart sehr billig kaufen wollte, wir unsere Waren aber nicht billig hergeben werden. Er hat diese rein kommerzielle Differenz auf politisches Gebiet übertragen und aus diesem Anlaße den bekannten Brief an Krassin geschrieben, wie es scheint, nicht ohne Vorteil für sich selbst. Uebrigens zweifle ich nicht daran, daß Urquhart als guter Geschäftsmann es nicht unterlassen wird, die unterbrochenen Unterhandlungen mit uns wieder aufzunehmen."

Genossen! Vergeßt die Opfer der weißen Justiz nicht! Sammelt!

Die kapitalistische Lösung der irischen Frage

Zur Zeit, da diese Zeilen im Druck erscheinen, fällt im Dubliner Parlament die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Bedingungen des irischen Uebereinkommens mit der englischen Regierung. Das Dubliner Parlament ist die Quasselbude für Südirland, dem Hauptteil der Insel, in dem die katholisch-national-irischen Sinnfeiner vorherrschend sind. Der von den irischen und englischen Delegierten unterzeichnete Friedensentwurf wird bestimmt von einer großen Mehrheit des englischen Parlamentes angenommen werden. Die nordirische Ulsterregierung, die Vertreterin der evangelisch-pro-englisch-imperialistisch gesinnten Großindustriellen und Großgrundbesitzer erhebt zwar „gewisse kleinere" Einwände gegen den vorliegenden „Friedensvertrag", wird sich aber sach- und fachlich der Annahme fügen. Und auch im Dubliner Parlament wird die große Mehrheit der Sinnfeiner-Vertreter für den zustandegekommenen Kompromiß, unumwunden eintreten, obgleich der berühmte Sinnfeinervertreter De Valera öffentlich erklärt hat: „Die Bedingungen des irischen Uebereinkommens stehen im scharfen Gegensatz zu den Wünschen der Mehrheit des irischen Volkes." Aus diesem Grunde weigern er und seine politischen Freunde, unter denen sogar der irische Minister des Inneren und der Verteidigungsminister sich befinden, sich „ganz konsequent", den irischen Vertrag anzunehmen und dem Parlament als den Interessen des irischen Volkes entsprechend zu vertreten. Die Aussichten dieses irisch-national-revolutionären Flügels, der das Abkommen ablehnt ist sehr gering, zumal die treibende Kraft desselben aus revolutionären Proletariern besteht, die ebenso von De Valera und seinen Anhängern bedroht und verfolgt werden als von den Führern der mäßigen Sinnfein-Strömung. Wenn auch die offiziellen Arbeiterkongresse und mit ihnen die parlamentarisch-opportunistischen Kommunistenführer den De Valera und seine Genossen für einen „guten, ehrlichen Revolutionär" halten, so müssen wir vom kommunistischen Arbeiterstandpunkt erklären, daß es klar auf der Hand liegt, daß die Führerschaft der linken „Opposition" im irischen Parlament nur diesen ganzen Weihnachtsrummel vorführt, um die Proletariermaßen der revolutionären Arbeiterbewegung fernzuhalten! Nicht umsonst frohlockt die bürgerliche und pseudosozialistische Arbeiterpresse, daß der Führer der irischen Mehrheit, Griffith, einen enormen Einfluß auf die bürgerlichen Elemente Irlands hat, die die Führung der Irlandbewegung noch heute in den Händen haben und daß der revolutionäre Sinnfeinführer, De Valera, der in der starken Minderheit verbleibt, „gewissermaßen politischer Bolschewist" bleibt, die radikalen Arbeiterelemente völlig in Schach zu halten und das lieben Irlandvolk zu schützen.

Eine Spaltung der Sinnfein-Bewegung wird nach der parlamentarischen Entscheidung ohne Zweifel einsetzen, obgleich die Gründe vielfach nicht in der Ablehnung wichtiger Bedingungen, sondern, wie bereits vorher gesagt in der bequemen Verführung und Einschläferung des wirtschaftlich verzweifelten Proletariats zu suchen sind.

Die Grundlage des soeben beschlossenen Uebereinkommens ist: Irland soll, wie eine Silberkrite, ein „Freistaat" werden. Irland gelobt politische Anerkennung des Königs, obwohl seine und seiner Minister Macht „äußerst beschränkt" sind und Irland „jegen Botschafter und andere diplomatische Vertreter ohne die Einwilligung des Königs oder des Reichskabinetts einsetzen kann. Man erwartet ferner, daß die Abmachung dem neuen Freistaate Irland, wie es bei Australien und Südafrika der Fall ist, das Recht einer eigenen Flotte einräumen wird mit der beiderseits angenommenen Voraussetzung, daß die zwei Flotten ihre Schiffe beliebig nach jedem Hafen der „Vereinigten Inseln" senden können. (Denn revolutionäre und sozialistische Proletarier gibt es nämlich überall!) Die Frage, ob das nördliche Irland sich dem sogenannten Freistaate anschließt, soll noch erst entschieden werden. Wie die Dinge jetzt liegen, werden die beiden irischen Kapitalistengruppen des Südens und Nordens wohl sehr bald den Tag der Wiedervereinigung feiern, denn es ist ihnen prächtig gelungen, das soziale Problem der Arbeit durch nationale Kaffeegeschwätze über die Frage einer „Vereinigten irischen Republik" zu verdunkeln und zu verschleppen. Um den Sieg der sozialen Revolution hinauszuschieben, sind selbst irische Kapitalisten bereit, einen politisch-religiösen Einigungs- und Friedensrummel zustande zu bringen. Und dabei werden die politischen Parteien, von der Arbeiterpartei bis zur KPI. und die Gewerkschaften, einschließlich ihrer Zellenhäuptlinge, die verräterischen Dienste geleisten!

Aber auch in diesem Falle hat man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die wirtschaftlichen Interessen der Sinnfeiner sind hauptsächlich Agrarbau, auf dessen Beherrschung die ganze kleinbürgerlich-nationale Bewegung hinzielt. Die industriellen Kapitalisten irischer Nationalität sind gegangen, dem Scheine nach mit dem irischen Bauern und Schäferchen gegen die englischen Großgrundbesitzer sich zu vereinigen. Daher sind selbst die Großindustriellen Nord-Irlands, die größten Schiffbauer, Leinenfabrikanten usw. für ein national geeintes Irland zu haben, aber natürlich so, daß ihnen anderseits auch nicht die schönen Profite der Bestellungen an die englische Regierung stören gehen. Die Hermonde unter irischen Kapitalisten und englischen Kapitalisten unter irischer und englischer Regierung ist somit frei aller Kämpfe und Stürme" ungestört.

Aber diese oberflächliche, durch politische und diplomatische Machenschaften erzielte Einigkeit kann die schreienden Tatsachen des unüberbrückbaren Klassenkampfes nie und nimmer aus der Welt schaffen.

In Irland bilden die Landarbeiter, wie in fast keinem anderen Lande, den revolutionärsten Teil der arbeitenden Bevölkerung und hauptsächlich deshalb, weil sie fortgesetzt den Verschlechterungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt sind, ohne sie an den Bereicherungen seitens der Besitzer des Grund und Bodens und der Produkte teilgenommen haben. Ueberall sie einen heldenmütigen Kampf gegen ihre Verelendung, die schlichten die schändlichen Schlichtungsausschüsse ihn „Streikleiten mit den Arbeitgebern" und überall werden sie betrogen, vergewaltigt, selbst wenn formell einmal die Behörde für sie tritt. Und jetzt nach dem Kriege, wo die enormen Gewinnprofite aufgehört haben, stellen viele Landarbeiter den großen Heer arbeitsloser und Hunderte, ja Tausende von Landarbeitern sind arbeitslos und der großen Reservearmee der hungernden und frierenden Proletariermasse zugeführt. Darum sind diese Landarbeiter, wie auch viele Industriearbeiter, von den Mitläufern Wegen der Parlamentarier und Gewerkschaftler abgekommen. Kämpfen ganz anders — auf revolutionärer, großzügiger Grundlage: Der Kampf des einen ist der Kampf aller! Aber selbst die wirtschaftlichen Kämpfe müßtigen, weil die Kapitalisten entgegenstehen, sie mit Maschengewalt niederschlagen. Jede solche Tatsache lage aber bringt eine Besätigung der Ueberzeugung, daß nur eine revolutionäre Weg zum Ziele führt: Diktatur des Proletariats, Räterepublik der Arbeiterklasse, Uebernahme der Produktion durch die Arbeiter selbst. Auch in Irland kämpft man für die revolution!

Genossen!

Die revolutionäre Presse hat schwer unter dem Ausnahmegesetz der demokratischen Republik zu kämpfen.

Dazu kommen die wahnsinnigen Preissteigerungen.

Sorgt dafür, daß die Stimme der Revolution nicht erstickt.

Sammelt für den Pressefonds!

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 28

Mitteilungen

5. Bezirk. Die Mitgliederversammlungen finden von jetzt bis auf weiteres jeden Freitag, abends 7 Uhr statt, und zwar zur Zeit vom 1. bis einschließlich des 15. jeden Monats in Schiwelbeiner Str. 10, und in der Zeit vom 16. bis 31. im Schermann, Schönhauser Allee 23. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu den Sitzungen zu erscheinen.

Genossin Neumann und Genosse Roloff sind wegen schädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen.

Die Untersuchungskommission von Groß-Berlin.

Die Sammlung für die Hinterbliebenen des Genossen Lange hat 1742,— Mark ergeben.

Adressen-Tafel

für den Bezug von „K. A. Z.", „Proletarier" und kommunistischer Literatur:

Berlin: Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei, NO. Landsberger Str. 6.

Spandau: Otto Hannemann, Schönwalder Str. 48, Hinterhaus.

Charlottenburg: Erich Willain, Blumenmerderstr. 1.

Wilmersdorf: Emil Elisabethstr. 35, N. Grashinger.

Hannover: „Alte Börse", Heinstraße Str. 8 (Parteibureau).

Düsseldorf: Ulmenstr. 51 I, W. Brommers.

Braunschweig: „Fürstenhof", Stobenstraße (Parteibureau).

Frankfurt a. M.: Philipp Seelig, Rendelerstr. 22.

Bremen: Dnasch, Gottfriedstr. 65 II; Altis, Grüpelinger Deich.

Köln: Münzstr. 16, Hof part. r. (Durst).

Hamburg: Paul Schütz, Altstädter Str. 42, Laden; Anton Schmidt, Königstr. 43 I; Hugo Kramnick, Sachsenstr. 117; Wilhelm Langfeldt, Kühnerstr. 54 I; Bernh. Bot, Humboldtstraße, Haus 2, part.; Buchhandlung Struma, Billhornerdeich, Ruhlmann, Wandsbecker Chaussee 303 III.

Altona 1. Sa.: Bruno Lange, Weststr. 9 I.

Bei direktem Bezuge wende man sich: für die „K. A. Z." an den „Proletarier" an Hans Uhlemann, Berlin SO 36, Oranienstraße 30; für alle übrige Literatur an den Verlag der KPD., Berlin NO, Landsberger Str. 6. Außerdem kann die „K. A. Z." direkt bei der Post abonniert werden.

Wichtige Neuerscheinungen.

Liebknechts Reden u. Aufsätze, Pappbd. (I. Organisationen) 15,—
Politische Auseinandersetzungen aus dem Nachlaß, brosch. 15,—
Dr. E. Pawlowsky: Der Bankrott Deutschlands brosch. 2,50 Mk., geb. 6,—
Zum Jahrestage der proletarischen Revolution in Rußland 2,—
Spartakusbriefe, erste Ausgabe (r. nur in Maschinenschrift) 8,—
M. Beer: Karl Marx, sein Leben und sein Werk 9,50
Dr. H. von Kleist: Die ausländische Kapitalsbeteiligung in Deutschland 20,—
Russische Korrespondenz von Nr. 7—9 12,—
Spectator: Der neue Kurs in der Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands 10,—
Regis Anderson: Die Passagiere der leeren Plätze. 14 Erzählungen 12,—
Zung: Die Rote Woche Heilberg 18,—
Mühsam: Judas, Arbeiterdrama 7,50
Grosz, George: Das Gesicht der herrschenden Klasse, 55 Zeichnungen, neue Auflage 6,—

Bestellungen geg. Vorauszahlung od. Nachnahme sind zu richten an

Verlag der KPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str.

Soeben erschienen:

„Der historische Materialismus"

von Hermann Gorter.

Neue preiswerte Auflage unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der deutschen und russischen Revolution.

Preis 7,— M. ℳ

Verlag der KPD., Berlin Landsberger Str. 6.

Verantwortlicher Redakteur: Heiland, Köpenick. — Verlag: Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: G. Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Roßer, Berlin, Alexandrinenstraße 119.

Nr. 254 — Preis 60 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 490 29; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 106000. — Versand unter Streifband: für Berlin 8,—, nach auswärts 9,—, nach dem Ausland 15,— monatl.

Voraussetzungen des Sieges der proletarischen Revolution

I.

Nichts wäre törichter, als sich Trugschlüssen in bezug auf das Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Kapital hinzugeben. Gewiß, um Großes zu vollbringen, muß man begeistert sein. Aber ebenso gewiß ist auch, daß mit Begeisterung allein die proletarische Revolution nicht zum Siege gelangen kann. Klarheit über die Ursachen der Erstarkung des internationalen Kapitals, Klarheit über die Ursachen der Niedergeschlagenheit der vielen Arbeiterschichten. Klarheit über die Gefahr, die der revolutionären Vorhut des Proletariats droht, ist unbedingt in einer solchen Situation doppelt notwendig. Und die Aufgabe des revolutionären Proletariats nicht darin bestehen kann, über diese objektiven Tatsachen zu jammern, sondern darin, den Gründen dieser Tatsachen nachzuspüren, um dieselben zu beseitigen. Zu Anbeginn ist klar, daß der sich neu gefestigte Weltkapitalismus durch Erstimmung einer höheren Stufenleiter auf kapitalistischer Basis infolge seiner Widersprüche die Anarchie vergrößern muß, deren Wirkung einzig und allein das Proletariat zu spüren bekommt, daß ferner der Weltkapitalismus, selbst wenn das Proletariat die Diktatur ausübt, um dieselben zu beseitigen. In Anbetracht der Tatsache, daß sich neu gefestigte Weltkapitalismus infolge seiner inneren Gegensätze einer neuen tiefen Katastrophe entgegenstellen muß, liegt die Gefahr darin, die dem Proletariat droht, wenn es diesen nicht gelingt, den dem Proletariat droht, wenn es diesen

Der Anspruch Lloyd Georges, daß nach der deutschen die „russische Frage" an die Reihe käme, hat bei allen Beteiligten ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Und es ist wirklich nicht verwunderlich, daß der unbefangene Leser vielleicht die Frage stellt: Warum denn bloß die furchtbaren Gliederverrenkungen? Eure gemeinsame Parole lautet doch: „Bündnis mit Rußland", das heißt natürlich: Bündnis aller kapitalistischen Mächte mit Rußland. Das Weltkapital ist eurem Rufe nachgekommen. Und wenn auch die Sektionen der 3. Internationale sich nicht — aus propagandistischen Gründen — mit den Wiederaufbauparteien verschmelzen können, so läßt sich doch bei einigermaßen gutem Willen ebensogut marxistisch begründen, daß eine internationale Stimmsterung ebensogut im „Interesse der sozialen Revolution" gelegen ist als ein Staatskapitalismus. Stinnes schickt sich nun an, die „Bündnisfrage" zur Tat werden zu lassen, und meint in seiner Zeitung, „D.A.Z." vom 14. Dezember:

„Niemand, sei es in Deutschland, sei es in den Ententeländern, sei es im Kreml selbst, weiß, ob sich die Sowjetregierung halten wird. Ohne von der öffentlichen Meinung ihrer Länder als Gefahrdeure bezeichnet zu werden, nähern sich die französische und englische Regierung den russischen Machthabern, eine Annäherung, die zu weitgehender finanzieller Bindung beider Länder, von Staats wegen wie von privater Seite, führen muß."

Die kommunistische Propaganda nichtoffizieller russischer Stellen spielt bei der Zerfetzung der deutschen äußeren Linken nicht mehr die gleiche Rolle wie ehedem und ist letzten Endes nur ein Argument eigener Schwäche.

Soll bei dieser Sachlage die deutsche Regierung aus Gesichtsmomenten heraus oder vom Standpunkt eines gewissen Mißtrauens privater mutiger Initiative Erschwerungen bei der rein technisch schon nicht leichten Wiederaufnahme von Zeichen in den Weg legen? Soll auf der anderen Seite die deutsche Presse durch diese Wiederholung bekannter Argumente die öffentliche Meinung zu immer erneuter feindlicher Haltung gegen die Firma Sowjetrußland mobil machen und nüchterne praktische Erwägungen hemmen?

Gewiß weiß, wie in Ententekreisen auch in Deutschland, ein jeder, daß jede nach Rußland gelieferte Maschine zur Stütze seines gegenwärtigen Regimes wird. Auf der anderen Seite fordert gebieterisch jede dieser Maschinen von der russischen Regierung einen neuen Schritt zurück auf dem Wege zu nichtsozialistischer Wirtschaftsform und bei der Rückkehr zu zweckentsprechendem bürgerlichen Rechtsleben. Gerade die Kreise in Rußland, denen die europäischen Sympathien vornehmlich gelten, werden rasch eine Erleichterung in ihrer bedrückten Lage spüren und allmählich Raum und Luft im Sowjetstaate erlangen.

Sie helfen neben mancher wirtschaftlichen Selbstverständlichkeit und Geschäftsmomente, die zur Zurückhaltung auffordern, und die Deutschlands öffentliche Meinung und heute noch mehr nötig hat, als sie es selbst zugeben möchte, Verständnisfragen der letzten Zeit beweisen, daß auf der anderen Seite sich der Bogen sachlichen Verständnisses von Ost nach West immer weiter spannt; sie sind geeignet, Verhandlungsmöglichkeiten zu bilden,

Lloyd George, Stinnes, Lenin & Co.

die um so delikater sind, als England und Frankreich in einem Stadium entscheidender Vorbereitungen zum endgültigen Start sind, die vielleicht schon fortgeschrittener sind, als es die gegenteiligen Pressemeldungen vermuten lassen."

Es soll nicht bestritten werden, daß die Aufgabe der „Roten Fahne", die darin besteht, den Proletariern, die bei den Geschäften, die Stinnes macht, den Kopf herhalten müssen, dies als eine revolutionäre Tat hinzustellen, eine furchtbar schwere ist, doch die Fahnenschreiber kommen niemals in Verlegenheit und konstruieren zwischen sich und der Deutschen Volkspartei folgenden Gegensatz:

Die Frage der deutsch-russischen Beziehungen ist zu wichtig, als daß sie der „privaten Initiative" des Herrn Stinnes und letzten Endes dem Belieben der Entente überlassen werden kann. In dem „Moskauer Brief" des „Vorwärts" waren konkrete Vorschläge für ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften beim wirtschaftlichen Aufbau Sowjetrußlands aufgestellt worden. Es ist jetzt an den Gewerkschaften, sich den bestimmenden Einfluß auf die Beziehungen zu Sowjetrußland zu sichern und die Regierung zu einer staatlichen Initiative zu zwingen.

Wir wollen ganz davon absehen, daß man, wohl aus Verzweiflung, seine Hoffnung auf Körperschaften setzt, die, wenn sie überhaupt noch existieren, nur noch Fassade sind, sicher als die Orgesch hielt. Eine solche Wandlung ist vom geschäftlichen Standpunkt zu begreifen. Wenn jedoch am selben Tage in der Abendausgabe folgende Meldung steht:

Deutsche Gewerkschaftsvertreter in Rußland.

TU. Berlin, 14. Dezember

Die von der Presse verbreitete Nachricht, daß Vertreter der deutschen Gewerkschaften zu Besprechungen über den Wiederaufbau Rußlands nach Petersburg reisen werden, wird von zuständiger Seite bestätigt. Wie die „Leitungspolitikor" erfährt, werden bereits in den nächsten Tagen deutsche Gewerkschaftsvertreter die Reise nach Petersburg antreten.

so muß man sich nicht wundern, wenn selbst die strafste Disziplin nicht mehr ausreicht, die Proletarier „im Interesse der sozialen Revolution" für den kapitalistischen Wiederaufbau einzuspannen.

Die KPD. hat zur einiger Zeit — sie verfällt bei der Rolle, die sie spielt, natürlich auf allerhand Tollheiten — in ihrer Zeitung eine große Ueberschrift gebracht, darin hieß es: „Reißt die Scheidewände nieder!" Es wird höchste Zeit, daß das revolutionäre Proletariat die Scheidewand aufrichtet zwischen sich und den „Aufbauparteien" aller Schattierungen. In Rußland werden sie bereits aufgerichtet durch die russische Regierung dadurch, daß man die Bourgeoisie aus den Gefängnissen herausholt und die revolutionären Proletarier einsperrt.

Mehr denn je ist es Pflicht des revolutionären Proletariats, das Lügengewebe zu zerreißen und das Banner der Revolution zu erheben. Und immer noch lautet der Schlachtruf:

Nieder mit dem Kapitalismus!

innerhalb des Kapitals, ganz andere sind. Das revolutionäre Proletariat steht heute vor der Aufgabe, die Theorie zur Praxis werden zu lassen. Und der Versuch, die Theorie in die Praxis umzusetzen, ist die beste Probe für die Theorie selbst. Denn jede Theorie, die nicht die praktische Verwirklichung in sich trägt, muß sich als eine Utopie erweisen.

Ein alter bekannter Satz der marxistischen Lehre ist: Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen des Sieges der Arbeiterklasse.

In den hochkapitalistischen Ländern ist nicht nur die Voraussetzung für die proletarische Revolution gegeben, sondern die Verhältnisse schreien geradezu danach. Die Proletarisierung macht rasende Fortschritte durch die riesige Kapitalskonzentration. Streiks in immer größerem Umfange sind an der Tagesordnung, und bei oberflächlicher Deutung des obigen Satzes kann leicht ein „Marxismus" zustande kommen, ähnlich dem der parlamentarischen Spielenschter, nämlich der, daß die immer mehr anschwellende und von den parlamentarischen Seiltänzern „gefütterte" Bewegung ganz von selbst dem Kapitalismus immer mehr Zugeständnisse abringt, daß das Kapitalsmotor der geschlossenen „Einheitsfront" mit Hilfe der „sozialen" Gesetzgebung der Kommunismus einmal allmählich werden könnte. Wir wollen von den Schursten absehen, die ebensogut wissen wie wir, daß dies Unsinn ist, und die dies nur sagen, weil dies ein ganz ehrliches Geschäft ist. Es ist ja doch nicht von der Hand zu weisen, daß bei großen Teilen der Arbeiterschaft diese Meinung vorhanden und tief eingewurzelt ist. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß das A und D der Politik von den Hirsch-Dunckerschen bis zur KPD. darin besteht, eben die kapitalistische Regierung durch einen „Druck" zu Zugeständnissen zu zwingen. International ist das Bestreben der 3. Internationale bekanntlich dies, daß das Proletariat in allen Ländern einen „Druck" auf seine Regierungen ausüben soll. In seiner letzten Konsequenz bedeutet das nichts mehr und nichts weniger, als daß erstens die internationale Kapital erst Rußland mit Maschinen versorgen soll, und, wenn dies geschehen ist, daß dann das internationale Kapital durch den „Druck" der Arbeitermassen selbst seinen Bankerott erklären und durch den „Druck" den Kommunismus aufbauen soll. Die Arbeiterklasse hat bei der ganzen Geschichte anscheinend weiter nichts zu tun, als „einig und geschlossen" zu „drücken" und sich, weil das Kapital eben kapitalistisch und nicht kommunistisch ist, trotzdem nicht „provozieren" zu lassen. Da nun aber der Kapitalismus die Herrschaftsform der Bourgeoisie ist, die Bourgeoisie trotz des „Drückens" oder gerade deswegen ihre Position stets festhält, läuft die ganze Drückderneserei darauf hinaus, daß verzweifelnden „Druck" um Zugeständnisse ausübt, der infolge seiner Macht am längsten zu essen hat, und daß der andere immer mehr bluten muß und zu Boden gedrückt wird.

Diese Methode des „Drückens" muß sein und ist ein Mittel bei einem sich erfreuenden aufblühenden Kapitalismus. Und sie liegt sogar im Interesse des Kapitals selbst, weil das Kapital, dessen Triebkraft und Zunder